

## Kommt es zu einem Währungskrieg im 21. Jahrhundert?

Es geht wieder die Rede vom Währungskrieg. Das gab es schon einmal. Man nannte es damals Abwertungswettlauf oder auch Abwertungsspirale. Es war in den Jahren nach 1929, in der „Ersten Weltwirtschaftskrise“.

Von Hermann Patzak

Alle in den Sog der Weltwirtschaftskrise gezogenen Länder hielten damals die Abwertung ihrer Währung für das geeignete Mittel, sich über die Verbilligung der Exporte Handelsvorteile zu verschaffen, um damit die Krise schneller überwinden zu können. Es endete wie auf den Zuschauerrängen eines Sportplatzes, wenn sich ein Zuschauer erhebt, weil er mehr sehen will und die anderen das nachmachen. Danach sehen alle genau so wenig oder so viel wie zuvor. So war es auch damals. Als alle Volkswirtschaften abgewertet hatten, standen sie genauso gut bzw. schlecht da wie zuvor!

Dass sich eine solche Abwertungsspirale wiederholen könnte, hielten Politiker und Ökonomen für unmöglich, genauso wie sie die Wiederholung einer Weltwirtschaftskrise für unmöglich gehalten hatten. Schließlich werde man ein und denselben Fehler nicht zweimal machen und zweitens – was in ihren Augen noch wichtiger erschien – hatte man flexible Wechselkurse eingeführt. Dadurch würde der Wert einer Währung durch Angebot und Nachfrage und nicht von den Regierungen bestimmt. Doch man hatte eines nicht bedacht: Angebot und Nachfrage können sowohl von Regierungen als auch von Spekulanten manipuliert werden. So erzwang z.B. George Soros im Jahr 1992 mit seiner legendär gewordenen Spekulation gegen das englische Pfund dessen Abwertung um 25 Prozent gegenüber dem Dollar! Auch die Notenbanken können intervenieren, indem sie selbst als Nachfrager oder Anbieter der eigenen Währung auf dem Markt auftreten. Und so muss man sich heute nicht wundern, wenn im Zuge der Weltwirtschaftskrise des 21. Jahrhunderts auch der Abwertungswettlauf – wie anno dazumal – wiederkehrt. Damit sind wir im Jahr 2010 und können uns den Fakten von heute zuwenden:

In den Jahren vor Ausbruch der neuen Weltwirtschaftskrise im Sommer 2007 hatten viele Volkswirtschaften jährlich steigende Summen an Staatsschulden und Handelsbilanzdefiziten angesammelt. Die Krise und ihre Bekämpfung hatte zur Folge, dass Staatsschulden und Handelsbilanzdefizite noch weiter anwuchsen. Im Ergebnis sehen heute immer mehr Staaten in der Abwertung ihrer Währung den einzigen Ausweg, sich von der Last der angehäuften Schulden zu befreien und gleichzeitig ihre hohe Quote der Arbeitslosigkeit zu verringern. Anhand einer kleinen Tabelle können wir uns ein Bild von der Lage machen:<sup>1</sup>

| in Mio. Euro    | USA        | England   | Deutschland |
|-----------------|------------|-----------|-------------|
| X-M: 2000-2009  | -4.697.286 | -467.902  | 1.048.920   |
| BIP 2009        | 10.221.035 | 1.566.741 | 2.407.200   |
| X-M in % BIP 09 | -46%       | -30%      | 44%         |

In der ersten Zeile der Tabelle sind drei Länder aufgezählt deren Handelsbilanzen typisch für notorische Defizite (USA und England) bzw. für Überschüsse (Deutschland), sind.

In der zweiten Zeile steht die Summe der Handelsbilanzdefizite bzw. des Handelsbilanzüberschusses aus den Jahren 2000 – 2009.

---

<sup>1</sup> Zahlen aus EuroStat:

<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tec00110>.

Die vierte Zeile zeigt, wie groß die Summe der Defizite bzw. Überschüsse im Verhältnis zum BIP des Jahres 2009 ist (mit X-M wird die Differenz Exporte – Importe bezeichnet).

Daraus ergibt sich folgende Erkenntnis: Die USA haben im genannten Zeitraum insgesamt ein Handelsbilanzdefizit im Wert von 4.697,3 Mrd. Euro zu verzeichnen, das entspricht 46 Prozent des BIP im Jahre 2009. Man kann sich diese Größenordnung veranschaulichen, wenn man feststellt, dass die USA im Laufe von 10 Jahren Waren und Leistungen eingeführt haben, die nahezu der Hälfte des Bruttoinlandsproduktes im Jahr 2009 entsprachen. Bezahlt wurden diese Importüberschüsse in Dollar, der in diesem Zeitraum nur wenig an Wert einbüßte. Dass er keine größeren Wertverluste hinnehmen musste, hatte im wesentlichen zwei Ursachen:

Er dient als Welthandels- und Devisenreservewährung und wird deshalb von allen am Welthandel beteiligten Ländern nachgefragt und

der US-Finanzmarkt hatte bis zum Beginn der Weltfinanzkrise mit seinen innovativen Geld- und Kreditschöpfungsmethoden Renditen ermöglicht, die sich keine Bank und kein Finanzspekulant entgehen lassen wollte.

Diese Zeiten sind vorbei, die Spekulationsgeschäfte mit der wunderbaren Geld- und Kreditvermehrung sind geplatzt und mit ihrer Renditegier hat die Finanzwelt sämtliche Volkswirtschaften der Erde mit die Krise hineingezogen. Das Entscheidende aber ist, dass der Geldfluss in die USA jetzt ausgedörrt ist, weshalb der Dollar – obwohl er immer **noch** als Weltzahlungsmittel verwendet wird – seinen Wert künftig rapide einbüßen wird. Die Amerikaner werden sich Handelsbilanzdefizite im bisherigen Ausmaß in Zukunft nicht mehr leisten können! Wenn die US-Regierung keinen Ausweg findet, werden die US-Amerikaner in nächster Zeit erhebliche Wohlstandseinbußen hinnehmen müssen. Sie haben in den letzten 20 Jahren weit über ihre Verhältnisse gelebt. Gezahlt und ermöglicht haben das alle Exportüberschussländer, von denen als die wichtigsten: China, Deutschland und Japan genannt werden sollen.

England ist in einer ähnlichen Situation wie die USA. Es hat – auf niedrigerem Niveau – ein vergleichbares Verhältnis von Exporten und Importen zu verzeichnen. Auch die Engländer haben über ihre Verhältnisse gelebt, ihre Währung hat entsprechend an Wert verloren und wird in den nächsten Jahren noch weiter sinken. Die Engländer haben die gleichen Interessen wie die Amerikaner: Sie können sich die Importe im bisherigen Umfang nicht mehr leisten. Ihr Ansinnen ist es deshalb – wie das der Amerikaner – die Exportüberschussländer zu veranlassen, ihre Exporte zu verringern. Nur so können sie die Arbeitslosigkeit im eigenen Land verringern und die damit verbundenen drohenden sozialen Verwerfungen im eigenen Land verhindern.

Anders ist die Situation für Deutschland. Es hat in dieser Zeit Güter und Leistungen exportiert, die 44 Prozent des im Jahr 2009 erzielten Sozialproduktes entsprechen, ohne eine entsprechende Gegenleistung in Gütern und Leistungen dafür zu erhalten. Was haben die Exporteure mit dem überschüssigen Geld gemacht? Sie haben es entweder indirekt über die Banken und den Finanzmarkt – im Ausland angelegt und sich dabei mit anderen Finanzinvestoren z.B. um die hohen Renditen auf dem US-Finanzmarkt gebalgt oder sie haben es als Direktinvestitionen in den EU- Ländern oder im sonstigen Ausland – aber nicht in Deutschland angelegt. Dort, im Ausland, haben sie Arbeitsplätze und Wachstum erzeugt, nicht in Deutschland. Die Wachstums- und Wohlstandsdaten der deutschen Volkswirtschaft lagen in diesem Zeitraum unter zwei Prozent.<sup>2</sup> Den Deutschen hat diese

---

<sup>2</sup> Siehe EuroStat:

<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tec00001>.

Entwicklung eine relative Verarmung gebracht, die sich in aller Deutlichkeit in den Hartz-IV Regelungen manifestiert. Im Jahr 2003 rangierte es mit seinem Pro-Kopf Einkommen unter den zehn bedeutendsten europäischen Industrieländern auf Rang 9 an vorletzter Stelle vor Italien<sup>3</sup>.

Kommen wir zurück zu dem Thema „Währungskrieg“, das jetzt wieder durch die Medien geistert. Anders als die kleinen und mittleren Volkswirtschaften, die sich für ihre Verhältnisse ähnlich hoch wie die USA verschuldet haben, die ebenso an notorischen Handelsbilanzdefiziten leiden und denen es bisher auch noch nicht gelungen ist, ihr Wirtschaftswachstum wieder zu stabilisieren und ihre Arbeitslosigkeit zu verringern, haben die USA als politischer und wirtschaftlicher Hegemon eine weitere Option: Es ist die Währungspolitik!

Da die Amerikaner aber nicht die eigene Währung mit gezielten Maßnahmen abwerten können, weil sie damit die Vorteile der Welthandels- und Weltdevisenreservewährung verlieren würden, müssen sie „den Spieß umdrehen“ und die Schuld an der eigenen Misere des Staatsschulden- und Handelsbilanzdefizites anderen Volkswirtschaften „in die Schuhe schieben“. Das sind in erster Linie die Länder China, Deutschland und Japan. Die USA haben mit ihrer Anklage alle anderen Volkswirtschaften auf ihrer Seite, die auch in der Vergangenheit über ihre Verhältnisse gelebt haben. An erster Stelle ist das natürlich England, aber auch Spanien, Portugal, Griechenland oder Frankreich reihen sich in die Phalanx der Ankläger ein. Erinnerung sei in diesem Zusammenhang an die französische Finanzministerin Christine Lagarde, die erst im Juni dieses Jahres Deutschland wegen seiner hohen Exportüberschüsse für die Schiefelage der europäischen Defizitländer wie z.B. Griechenland und Frankreich verantwortlich gemacht hat.

Zu dem Treffen der Finanzminister der G20 Länder am 22. Oktober in Südkorea forderte jetzt der amerikanische Finanzminister Timothy Geithner die Exportüberschussländer auf<sup>4</sup>, die Ungleichgewichte im Handel und bei Dienstleistungen zu reduzieren, in dem sie ihre Exportüberschüsse auf 4 Prozent des BIP begrenzen<sup>5</sup>. Zu diesem Zweck sollten diese Länder ihre Struktur-, Fiskal- und Wechselkurspolitik einsetzen, was konkret bedeutet, dass diese Länder in den Marktmechanismus eingreifen müssten, um

1. den Wechselkurs ihrer Währung zu erhöhen (bei Deutschland nicht möglich, wegen des Euro);
2. den Konsum steuerlich fördern und die Steuern für die Exportindustrie zu erhöhen;
3. Lohnsteigerungen zu begünstigen, privates Sparen einzuschränken bzw. seine Förderung zu verringern.
4. Der Internationale Währungsfonds solle die Einhaltung dieser Regelungen nach amerikanischen Vorstellungen halbjährlich überprüfen.

Dieser anmaßende Forderungskatalog, der die Souveränitätsrechte der angesprochenen Nationen in einer Weise missachtet, die sich nur ein Hegemon erlauben kann, verrät aber auch die Notlage der USA: Es sind kaum 150 Jahre her, da sie begonnen hatten, die Märkte der Welt für ihre Wirtschaft zu erschließen und dabei vor keinem Mittel zurückschreckten. Dazu gehörten von Anfang an Kriege! Jetzt setzen sie alle Machtmittel in Bewegung, um die Freiheit der Märkte einzuschränken! Haben die in Deutschland und Europa verantwortlichen Politiker diese Volte rückwärts eigentlich wahrgenommen?

---

<sup>3</sup> Quelle: Franz Ullrich Willeke, Tatsächliche und angemessene Nettobeiträge in Jahrbuch für Wirtschaftswissenschaften 2007, Jahrgang 58, Seite 100.

<sup>4</sup> Vgl. z.B. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23.10.2010 Seite 1.

<sup>5</sup> Deutschland erwartet im nächsten Jahr eine Exportüberschussquote von 5,5 Prozent des BIP.

Der Hegemon und Verkünder des weltweit ungezügelteren Globalkapitalismus drängt seine Satelliten zu Dirigismus und staatlichen Eingriffen, weil er aus seiner wirtschaftlichen Not, die auch aus seinem politischen Weltherrschaftsanspruch resultiert, keinen anderen Ausweg mehr weiß! Müssen die „Satelliten-Regierungen, darunter die Deutsche, jetzt in die Lohnbildung des Arbeitsmarktes eingreifen und höhere Löhne dursetzen, damit die Lohnstückkosten stärker steigen und die Wettbewerbsfähigkeit sinkt, um damit die Arbeitslosigkeit zu erhöhen? Zugunsten von Arbeitsplätzen in den USA? Wie soll man die Deutschen zwingen, weniger zu sparen, wenn sie doch andererseits für ihre Alterssicherung mehr Vorsorge treffen sollen? Gegenüber Japan haben die USA bereits vor Jahren die Aufwertung und höhere Zinsen erzwungen und die japanische Volkswirtschaft in eine Talfahrt gestürzt, von der sie sich bis heute nicht erholt hat. China wird diesen Fehler nicht machen. China konnte sich, im Gegensatz zu Japan, bis heute seine volle Souveränität wahren.

Die akkumulierten Staatsschulden und die Handelsbilanzdefizite zwingen die USA zu einer anhaltenden Inflationspolitik, die zwangsläufig eine Abwertung des Dollar zur Folge haben wird. Die USA versuchen jetzt den „Kopf aus der Schlinge zu ziehen“, indem sie genau das tun, was sie den Chinesen seit Jahren vorwerfen: sie werten den Dollar ab, weil sie darin die einzige Möglichkeit sehen, die Arbeitslosigkeit und das desaströse lang anhaltende Handelsbilanzdefizit zu beenden. Die Welt befindet sich tatsächlich in einem Währungskrieg. Dieser Krieg ist wieder einmal ein „Verteidigungskrieg der USA“, bei dem die Exportüberschussländer die „schurkischen“ Angreifer sind. Nur die Länder, die freiwillig ihre Exporte reduzieren und damit den Absturz des Dollar verringern – der seine Funktion als Leitwährung nicht verlieren soll – zählen zu den Verbündeten der USA! Man darf gespannt sein, wie die „befreundeten“ Länder der USA mit den an sie gerichteten Forderungen umgehen werden!